

RATHAUSREPORT

Verwaltung soll auf Elternsorgen umgehend reagieren

Mit einem Dringlichkeitsantrag setzte die Fraktion der LINKEN eine Diskussion und Beschlussfassung zur Grundschule am Griebnitzsee kurzfristig auf die Tagesordnung der letzten Stadtverordnetenversammlung. Dazu beantragte sie für den Vorsitzenden der Schulkonferenz Peter Pfennig Rede-recht. Und er trug die Sorgen der Eltern vor, die sich von der Verwaltung „im Stich gelassen“ fühlen. Da zur angekündigten Sanie-



Die Sanierung der Grundschule am Griebnitzsee soll im Juli beginnen, jetzt sollen die Eltern endlich Bescheid bekommen, was auf sie zukommt.

rung ab Juli noch immer keine konkreten Aussagen getroffen wurden – ob bei laufendem Schulbetrieb oder mit in Aussicht gestellter Auslagerung für zwei Jahre – seien die Eltern verunsichert. Dies gipfeln sogar in der Befürchtung, ob die Schule tatsächlich in kommunaler Trägerschaft erhalten werde. Die Schulkonferenz am 15. April hat den Umzug in eine andere Schule bereits abgelehnt. Die Eltern erwarten konkrete Aussagen zum Bauablauf und ein deutliches Bekenntnis der Stadt zur Schule.

Die Stadtverordnete der LINKEN Hella Drohla untermauerte die Dringlichkeit einer Entscheidung, da der ursprünglich geplante Sanierungsbeginn schon am 8. Juli sei.

Einem Überweisungsantrag der CDU in den Hauptausschuss widersprach der Frak-

tionsvorsitzende Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg. Die Beschlusslage sei klar: So eine Situation wie an der Schule am Griebnitzsee müsse schnellstens mit konkreten Informationen behoben werden. „Die Eltern haben ein Recht darauf zu erfahren, was auf sie und die Kinder zukommt“, sagte Scharfenberg.

Erst mit der protokollierten Zusage, dass das Thema in der kommenden Hauptausschusssitzung am 12. Mai „zur Erledigung“ behandelt wird, stimmte die LINKE der Überweisung ihres Antrages zu. Dann sollen die Eltern „verbindliche Aussagen“ bekommen zum Erhalt ihrer Schule als kommunale Einrichtung, über den konkreten Bauablauf und die Auswirkungen auf den Schulbetrieb sowie die Einbeziehung kompetenter Eltern in die Planungs- und Sanierungsarbeiten.

Mit auf den Weg ...

Liebe Leserinnen und Leser,

In diesen Wochen ist ein hyperaktiver Oberbürgermeister zu erleben, der kaum einen Termin auslässt und Grußworte wie am Fließband spricht. Diese Bürgernähe ist allerdings sehr einseitig. Am liebsten sind ihm die Termine, bei denen etwas zu übergeben, einzuweihen oder ein Grundstein zu legen ist. Selbst die Stadtsparziergänge, die seit den Landtagswahlen nicht mehr stattfinden, will er in den nächsten vier Monaten wieder aufnehmen. Allerdings sollen die Stadtverordneten davon möglichst spät erfahren, denn das von den LINKEN vertretene Anliegen einer möglichst frühzeitigen Information der Stadtverordneten über öffentlichkeitswirksame Aktivitäten der Verwaltung wurde vom Oberbürgermeister abgelehnt.



Auffällig ist auch, dass drängende Probleme, wie die geschlossene Kaufhalle am Schilfhof, der Lärmschutz an der Nutheschneelstraße oder das fehlende Tierheim nicht zu den Schwerpunkten der Aufmerksamkeit des Oberbürgermeisters gehören. Er fühlt sich offensichtlich für die Erfolge zuständig, während ungelöste Fragen anderen überlassen oder schlichtweg ignoriert werden. Hier leisten wir LINKEN immer wieder die Kärnerarbeit, indem wir auf die Alltagsprobleme der Menschen aufmerksam machen. Allerdings sollte keiner sagen, dass Herr Jakobs nicht lernfähig sei. Nachdem die LINKEN seit langem auf die Beseitigung der anachronistischen Sortimentsbeschränkungen in den Bahnhofspassagen drängen, kam dem Oberbürgermeister bei der Feier anlässlich zehn Jahre Bahnhofspassagen der Gedanke, dass es jetzt an der Zeit sei, über die Berechtigung der Sortimentsbeschränkung nachzudenken. Zwei Tage zuvor hatte er noch einen entsprechenden Antrag der Linken abgelehnt. Wir werden ihn beim Wort nehmen.

Ihr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Verkehrskonzept für Drewitz – von den Bürgern abgelehnt

Papier ist gedudig, doch nur so lange, wie es auf dem Schreibtisch liegt. Am 5. Mai wurde das Verkehrskonzept für Drewitz erstmals den Bewoh-



ner vorgestellt. Im Zuge der Umgestaltung der Konrad-Wolf-Allee in einen Park ist eine Verlagerung der Verkehrsflüsse in die angrenzenden Nebenstraßen erforderlich. Zahlreiche Stellplätze müssten weichen, die Verbreiterung von Straßen für den Busverkehr ist angedacht. Nicht mit uns, so die zahlreich erschienenen Anwohner. Fast geschlossen wurde das vorgestellte Konzept von ihnen abgelehnt. Ihre Geduld hielt nicht lange an. Laute Zwischenrufe, „Ihr macht ja doch, was ihr wollt“, „Warum werden wir erst jetzt gefragt?“, schufen ein schweres Klima für eine sachliche Diskussion, die dringend fortgeführt werden muss. Leider wurde der Vorschlag einer Befragung aller Bewohner des Stadtteiles nicht aufgegriffen. Im Projektraum in der so genannten Rolle können Bürger ihre Anregungen nunmehr abgeben, wenigstens dieser Vorschlag fand Gehör bei der anwesenden Verwaltung. Ein Verkehrstisch mit interessierten Bürgern wird eingerichtet, in dem Diskussion möglich ist. All dies hätte bereits stattfinden können, so mein Fazit an diesem Abend. Wieder einmal wurde Beteiligung zu spät gewollt. In zwei Wochen soll es eine erneute Versammlung geben, dann, so der Vorschlag, in der barrierefrei zu erreichenden Turnhalle des Schiller-Gymnasiums.

Jana Schulze
Stadtverordnete im Wahlkreis V
(Stern, Drewitz, Kirchsteigfeld),
für die Fraktion der LINKEN ist sie Vorsitzende im Ausschuss für Gesundheit und Soziales, Mitglied im Jugendhilfeausschuss und stellv. Mitglied im Ausschuss für Bildung und Sport.

Ausschreibung Tierheim

Hans-Jürgen Scharfenberg hatte für die LINKE den Antrag begründet, nach dem Scheitern des Projektes mit der Treberhilfe das fortgeführte Vergabeverfahren für ein Tierheim mit sozialpädagogischer Komponente abzubrechen. Schnellstmöglich seien die Möglichkeiten für den Bau eines Tierheimes durch die Stadt zu prüfen und der Tierschutzverein der Stadt als künftiger Betreiber einzubeziehen.

Doch die Mehrheit der Stadtverordneten folgte der Argumentation der zuständigen Beigeordneten Elona Müller. Sie informierte darüber, dass nach der Absage der Stadt an die Treberhilfe das Vergabeverfahren unter den gleichen Bedingungen wieder aufgenommen werden müsse. Wenn keine Bewerbung für ein Tierheim mit sozialpädagogischer Betreuung dabei sei, ist rechtlich zu bewerten, ob man die Vergabe auf ein bloßes Tierheim reduzieren könne.

Öffentlichkeitsarbeit

Kein Problem sehen offensichtlich die anderen Fraktionen außer der LINKEN darin, dass sie nicht in die stadtpolitisch wichtigen Termine der Verwaltung einbezogen werden.

Hans-Jürgen Scharfenberg hatte mit

dem Antrag der LINKEN angeregt, jeweils zum Ende eines Monats diese Termine für den Folgemonat bekannt zu machen, um den Stadtverordneten die Möglichkeit zu geben, „gemeinsame politische Präsenz“ in der Stadt zu zeigen.

Die Mehrheit der Rathauskooperation begnügt sich offensichtlich damit, über den für die Presse vorgesehenen wöchentlichen Redaktionskalender informiert zu werden.

Maßnahmen zur Kaufkraftbindung

Sich über Maßnahmen der Kaufkraftbindung Gedanken zu machen, dafür sieht die Mehrheit der Stadtverordneten keine Veranlassung. Hans-Jürgen Scharfenberg begründete noch einmal, dass Potsdam zwar die Stadt mit der höchste Kaufkraft im Osten Deutschlands ist, aber die niedrigste Umsatzkennziffer hat – ein Zeichen dafür, dass das Geld nicht in Potsdam ausgegeben werde. „Nur 80 Prozent bleiben in der Stadt“, appellierte Scharfenberg. Deshalb zum Beispiel die Einzelhandelsstruktur Potsdams zu analysieren und gegebenenfalls zu korrigieren und die seit Eröffnung vor zehn Jahren geltende Sortimentsbeschränkung in den Bahnhofspassagen aufzuheben, hält die Mehrheit für unnötig.

Bürgerbefragung ja – aber wann, bleibt ohne Festlegung

In ihrer Dezember-Sitzung hatten die Stadtverordneten dem Antrag der LINKEN mehrheitlich zugestimmt, Bürgerbefragungen als Möglichkeit zur Ermittlung des Bürgerwillens bei wesentlichen Entscheidungen, die in das Leben der Einwohner eingreifen, einzusetzen. In der selben Sitzung allerdings hatten sie dagegen eine Bürgerbefragung zum damals aktuell auf die Tagesordnung gekommenen neuen Standort des Badneubaus auf dem Bornstedter Feld abgelehnt.

Die LINKEN wollte nun mit einem Antrag erreichen, dass verbindliche Kriterien erarbeitet werden, unter welchen eine Bürgerbefragung „als qualifizierte Konsultation der Einwohnerinnen und Einwohner“ eingeleitet werden sollte. Damit solle die Entwicklung der Landeshauptstadt Potsdam zu einer Bürgerkommune vorangebracht werden. Es werde damit eine Möglichkeit der Selbstbindung der Stadtverordnetenversammlung vorgegeben, „auch wenn man nicht sicher

über den Ausgang ist“, begründete Fraktionsvorsitzender Hans-Jürgen Scharfenberg den Antrag.

Wenig Diskussion gab es zu diesem Vorschlag, die Ablehnung schien vorher abgesprochen, solchem Unsicherheitsfaktor wollte sich offenbar die Mehrheit des Hauses nicht stellen. Nur die Grünen begründeten zum wiederholten Mal, dass sie von so einer Form der „Bürgerbeteiligung von oben“ grundsätzlich nichts halten.

Die Mehrheit gegen die stärkste Fraktion der LINKEN verweigerte sich mit bloßer Ablehnung des Vorschlages.

Offenbar will man den Schein wahren, das zutiefst demokratische Mittel der Bürgerbefragung zwar als Möglichkeit einzuräumen.

Aber wann es eingesetzt wird, wird man nach Gutdünken entscheiden. Eine vergebene Möglichkeit, Potsdam als eine wirkliche Bürgerkommune zu gestalten.

Beschlossen

Keine Sperrung der Humboldtbrücke

Beschlossen wurde ein von der LINKEN ausgelöster Auftrag an den Oberbürgermeister, die notwendigen und möglichen Schritte zu unternehmen, um die vom Baubeigeordneten angedrohte einseitige Sperrung der Humboldtbrücke auszuschließen. Dazu sind Gespräche mit der Landesregierung mit der Sicherung der notwendigen Voraussetzungen seitens der Stadt zu verbinden.

Parkverbot im Vogelsang

Ein Prüfauftrag wurde auf Initiative der LINKEN beschlossen, ob ein einseitiges Parkverbot in der Straße Vogelsang in der Siedlung Eigenheim eingerichtet werden kann und ob der letzte Abschnitt des Ravensbergweges nur für Anlieger freigegeben werden kann.

Einbeziehung der Stadt in den Landtagsneubau

Es sei durch die Änderung im Ausschuss für Stadtplanung und Bauen leider nur eine Anregung aus dem Antrag der LINKEN geworden, den Kontakt mit dem Bauherrn des Landtages zu suchen, kritisierte Hans-Jürgen Scharfenberg. Auf Nachfrage antwortete der Oberbürgermeister, er werde noch im 1. Halbjahr dieses Jahres auf den Landtagspräsidenten zugehen, um eine gemeinsame Sitzung des Landtagspräsidiums mit dem Hauptausschuss der Landeshauptstadt durchzuführen.

Ersatz von Sportstätten

Einig waren sich die Stadtverordneten über den Antrag der LINKEN, dass grundsätzlich sicher zu stellen ist, dass keine städtische Sportstätte geschlossen wird, bevor nicht der notwendige, mindestens gleichwertige Ersatz vorhanden ist.

Taxicoupons

Fast schon erledigt ist der Antrag der LINKEN, den sie gemeinsam mit SPD, CDU/ANW gestellt hatte, die Bereitstellung von Taxicoupons für mobilitätseingeschränkte Menschen zu erleichtern. Jana Schulze verlangte im Interesse der betroffenen Einwohner, die entsprechende Dienstanweisung zur Ausgabe der Wertcoupons zu ändern. Die zuständige Beigeordnete Elona Müller gab zu Protokoll, dass die Änderung bereits erarbeitet und im III. Quartal wirksam werde. Sie werde im Ausschuss für Gesundheit und



Wie hier an der A 96 am Ammersee könnten Schallschutzwände vielleicht auch im Stadtgebiet von Potsdam doppelten Nutzen haben. Die Möglichkeiten dazu sollen geprüft werden.

Soziales noch in diesem Monat darüber berichten.

Solarmodule auf Lärmschutzwänden

Ralf Jäkel begründete den Antrag der LINKEN zu prüfen, wo in der Landeshauptstadt die Möglichkeit bestehe, vorhandene Lärmschutzwände im Stadtgebiet mit Solarmodulen nachzurüsten. Diese unkomplizierte Möglichkeit, die vorhandenen Bauten zu nutzen, könnte sowohl für städtische Betriebe als auch für private Interessenten lukrativ sein, hatte Ralf Jäkel den mehrheitlich angenommenen Antrag begründet.

Gestaltung des Bauzauns am Landtagsneubau

Dr. Karin Schröter vertrat den Vorschlag der LINKEN, den Bauzaun des Landtagsneubaus zu gestalten. Er sei bisher nur funktional und verwehre den Blick auf die größte Baustelle der Landeshauptstadt. Es solle geprüft werden, ob er nicht optisch aufgewertet werden könne. Denkbar wäre zum Beispiel, einen Schülerwettbewerb – durchaus auch landesweit – auszuloben. Dabei könnten auch Sprayer einbezogen werden. Oberbürgermeister Jakobs informierte die Stadtverordneten darüber, dass bereits ein Abstimmungsgespräch zu diesem Thema vereinbart sei. Ein Schülerwettbewerb sei ausdrücklich erwünscht.

In Ausschüsse überwiesen

Sportplatz Hans-Sachs-Straße

Der gemeinsame Sportplatz der Gerhart-Hauptmann-Grundschule und der Käthe-Kollwitz-Oberschule soll in die Prioritätenliste der zu sanierenden Sportanlagen aufgenommen werden. Den Antrag der LINKEN begründete Hella Drohla. Es sei bisher für die Sportstätte von 730 Kindern beider Schulen, die außerdem für das gesamte Wohngebiet bedeutend ist, keine Sanierungsmaßnahme des KIS vorgesehen. Die Stadt müsse sich dieser Pflichtaufgabe stellen, ehrenamtliches Engagement der Eltern reiche da nicht mehr aus.

Der Antrag wurde in den Werksausschuss des KIS und in den Bauausschuss überwiesen.

Lärmschutz an der Nutheschnellstraße

Mit Verweis auf die Zuständigkeit des Landes war die Stadtverordnetenversammlung nicht bereit gewesen, sich um den Lärmschutz für die unmittelbaren Anwohner der Nutheschnellstraße zu kümmern, führte Hans-Jürgen Scharfenberg zum Antrag der LINKEN aus. Inzwischen habe der Landesbetrieb Straßenwesen in einer öffentlichen Veranstaltung der Linksfraktion seine Bereitschaft erklärt, mit der Stadt zusammen an einer Lösung zu arbeiten. Die gemessene Lärmbelastung von 70 dB bei einer Grenze von 73 dB sollte die Stadt nicht daran hindern, an einer gemeinsamen Lösung im Interesse der Anwohner zu arbeiten.

Der Ausschuss Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung wird sich mit dem Problem beschäftigen.

Was – wann – wo?

Sitzungen der Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung Potsdam
Stadthaus, Raum 3.107, Beginn 18 Uhr
am 17. und 31. Mai; 07. und 14. Juni 2010

19. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Potsdam
Stadthaus, Plenarsaal
02. Juni 2010, Beginn 15 Uhr

Frühschoppen „Rathausreport live“
Hafen Lange Brücke, Restaurant „El Puerto“,
06. Juni 2010, Beginn 10 Uhr

Ausgabe „Rathausreport“ Nummer 5/2010
Stadthaus, Raum 3.107
11. bis 16. Juni 2010 (außer Sa. und So.)

Info-Stände in den Stadtteilen:

11. Juni 2010

14:30 Uhr Kepler-Platz/Am Stern
15:30 Uhr Havel-Nuthe-Center /
Drewitz
16:00 Uhr Haltestelle Fr.-Wolf-Straße
Waldstadt II
16:00 Uhr Markt-Center, Breite Str.

12. Juni 2010

10:00 Uhr Weberplatz Babelsberg
10:00 Uhr REWE-Markt
Zentrum Ost
10:00 Uhr Haltestelle Magnus-Zeller-
Platz/Am Schlaatz
10:30 Uhr Kaiser's/Kirchsteigfeld

Bürgersprechstunde

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg,
Fraktionsvorsitzender und MdL,
am 20. Mai, von 17 – 18 Uhr im Bürgerbüro,
Galileistraße 37/39

(Bürgerhaus Stern*Zeichen)

Voranmeldungen sind möglich unter:

Tel.: 0331/600 50 69;

Mail: wkbscharfenberg@aol.com

LINKE Stadtverordnete fragten – die Verwaltung antwortete

Stadtteilkonzept Schlaatz

Bereits im vorigen Jahr sollte im Zusammenhang mit dem Umzug des Asylbewerberheimes in das Wohngebiet im Schlaatz eine Weiterentwicklung des Stadtteilkonzeptes „Soziale Stadt“ erfolgen. Wann diese Verpflichtung realisiert werde, fragte Hans-Jürgen Scharfenberg. An Stelle des Baubeigeordneten Klipp antwortete Burkhard Exner, das Konzept sei wegen der Vielzahl notwendiger Präzisierungen noch nicht fertig, es werde aber bis Ende Mai „der Fachöffentlichkeit und der Bewohnerschaft“ zur Diskussion vorgelegt.

Gespräche mit Treberhilfe

Auf die Frage, welche Gespräche es im Zuge der Vergabe des Tierheimes mit der Treberhilfe gegeben hat, antwortete die zuständige Beigeordnete Elona Müller. Am 17.09.2009 hätten alle Bewerber die Möglichkeit zur Vorstellung ihres Konzeptes gehabt. Dies seien die ersten Gespräche gewesen. Auf die Nachfrage, ob sie ausschließen könne, dass es zuvor von Mitarbeitern der Verwaltung Gespräche gegeben habe, weil Gerüchte in der Stadt kursierten, dass Mitarbeiter der Stadt vor der bekannten Treber-Villa in Caputh gesehen worden sein sollen, sagte Müller, es habe definitiv keine

Vorgespräche vor dem genannten Termin gegeben. Wer wann wo gesehen worden sei, vermöge sie nicht zu bewerten.

Villa Grenzenlos

Da die Villa Grenzenlos in der Sauerbruchstraße immer mehr verfallend und offensichtlich Sicherungsmaßnahmen notwendig sind, wollte Birgit Müller wissen, wie der Stand der Verkaufsaktivitäten der Verwaltung ist. Burkhard Exner informierte, dass das Grundstück mehrfach im Internet und in der MAZ abgeboten worden sei. Es gebe Interessenten. Im September werde die Stadtverordnetenversammlung informiert.

Stadtspaziergang

„Stadtspaziergänge“ seien vom Oberbürgermeister seit den vergangenen Landtagswahlen nicht mehr durchgeführt worden. Hans-Jürgen Scharfenberg fragte nach, welche Stadtspaziergänge für dieses Jahr geplant sind. Oberbürgermeister Jakobs teilte mit, dass er diese Form der direkten Information in den Stadtgebieten je nach Bedarf einplane. So werden Stadtspaziergänge in nächster Zeit wieder stattfinden. Zu den Terminen werde im Redaktionskalender eingeladen.



„Rathausreport live“ am 9. Mai vor Ort im Groß Glienicker Restaurant „Korfu“. Im Mittelpunkt standen selbstverständlich die Fragen rund um den „Freien Uferweg“. Rede und Antwort standen Dr. Scharfenberg, Peter Kaminski, Ortsvorsteher und SVV, sowie Dr. Sigrid Müller, SVV und Fraktionsgeschäftsführerin.

RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE Potsdam

V.i.S.d.P. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Da der Rathausreport sehr gefragt ist, geben Sie ihn bitte weiter, wenn Sie ihn gelesen haben

Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per E-Mail an uns:

DIE LINKE.Fraktion, Friedrich-Ebert-Straße 79/81,
14469 Potsdam

E-Mail: DIELINKE-Stadtfraktion@Rathaus.Potsdam.de

Telefon: 0331/289 30 51, Fax: 331/289 31 19